

# : Politische Jugendbildung – mehr als nur Empowerment?

ANJA HIRSCH

**„Toll, dass es sowas gibt“ – das ist die Aussage von Jugendlichen zum Projekt „DU HAST DIE MACHT“, das von 2010 bis 2015 von der Robert Bosch Stiftung gefördert wurde. Ziel des Projektes war es, neue digitale politische Bildungsangebote insbesondere für Jugendliche aus sozial benachteiligten Milieus bereitzustellen.**

Die Aussage „Toll, dass es sowas gibt“ und der Kontext, aus dem sie stammt, verweisen sogleich auf drei zentrale und aktuelle Fragen der politischen Jugendbildung: Mit welchen neuen privaten Bildungsakteuren haben wir es eigentlich zu tun, wenn sich immer mehr unternehmensnahe Stiftungen als Förderer engagieren? Wie steht es um politische Bildung mit Jugendlichen aus sozial benachteiligten Milieus? Und welche (kritischen) Fragen sind aus der Perspektive neuerer politischer Bildungstheorien an Programme zu richten, die anerkennend arbeiten, an Themen- und Medieninteressen von Jugendlichen ansetzen, empowern wollen und die außerdem, wie das Zitat beispielhaft zeigt, oft auch gut bei Jugendlichen ankommen.

## Politische Jugendbildung und ihre Verstrickung in Herrschaftsverhältnisse

Die Frage danach, wie sich politische Jugendbildung kritisch reflektieren lässt, wird zurzeit vor allem durch den Diskurs um eine kritische politische Bildung und die 2015 erschienene Frankfurter Erklärung befeuert, die u. a. „Reflexivität“ als ein Kriterium für eine „kritisch-emanzipatorische Politische Bildung“ einfordert. Ein wichtiges Anliegen ist hierbei, die politische Bildungspraxis wieder stärker mit kritischen Gesellschafts- und Bildungstheorien (und -analysen) rückzubinden. Meines Erachtens wirft dabei besonders ein Aspekt Fragen auf: Dass jedwede (folglich auch eine auf Emanzipation zielende Bildung) stets „herrschaftlich verstrickt“ ist und die Subjekte (also Bildner\_innen wie auch Teilnehmende), auch unintendiert, also ohne es zu wollen, an der Aufrechterhaltung von sozialen und politischen Macht- und Herrschaftsverhältnissen „mitwirken“.

Diese These wird z. B. aus der Theorie zu symbolischer Herrschaft von Pierre Bourdieu abgeleitet, die u. a. der Frage nachgeht, wie Fremdzwänge zu Selbstzwängen werden und sich die Individuen freiwillig in die Zwänge sozialer Ordnungen hineinbegeben (vgl. hierzu die Arbeiten von Helmut Bremer, der die Wirksamkeit symbolischer Herrschaftsmechanismen im Feld der politischen Bildung analysiert). Auch lässt sich die These der „Verstrickung in Herrschaftsstrukturen“ aus einer hegemonietheoretischen Perspektive analysieren, z. B. in Hinblick darauf, dass wir in „hegemoniale Diskurse eingebettet“ sind, die uns bestimmte Fragen, Themen und Sichtweisen nahelegen, während andere kaum oder gar nicht in öffentlichen De-





*„Lernverhältnisse sind nicht herrschaftsfrei“. Und es sei betont: Auch die Lernverhältnisse der außerschulischen politischen Jugendbildung sind es keineswegs ...*

batten vorkommen. Schließlich ist auf Theorien zur Subjektivierung hinzuweisen, die u. a. danach fragen, wie Menschen („Subjekte“) sich selbst führen und wie diese Selbstführung mit Fremdführung verzahnt ist.

Recht trocken wird deshalb auch in der Frankfurter Erklärung festgestellt: „Lernverhältnisse sind nicht herrschaftsfrei“. Und es sei betont: Auch die Lernverhältnisse der außerschulischen politischen Jugendbildung sind es keineswegs – auch dann nicht, wenn Angebote mit Themenfreiheit, Anerkennung und Ressourcenorientierung viele positive Akzente setzen und sie von Jugendlichen für gut befunden werden. Insgesamt steht eine gesellschafts- und bildungstheoretisch fundierte Forschung, die außerschulische politische Bildungspraxis kritisch analysiert, noch eher am Anfang – was auch daran liegt, dass die außerschulische politische Bildung in Deutschland kaum universitär verankert ist.

### **Soziale Ungleichheitsverhältnisse - kein Thema in der politischen Bildung mit Jugendlichen aus sozial benachteiligten Milieus?**

Dass aber eine kritische Reflexion wichtig wäre, zeigt ein Blick auf neue Ansätze in der Arbeit mit Jugendlichen aus sozial benachteiligten Milieus. Hierbei ist zunächst einmal anzuerkennen, dass von vielen Bildungsakteuren, allen voran der (für die Trägerförderung wichtigen) Bundeszentrale für politische Bildung, erkannt wurde, dass diese Jugendlichen als „Zielgruppe(n)“ lange Zeit vernachlässigt wurden, es kaum Angebote gab, die an ihre Lebenswelten anschließen. Mittlerweile gibt es etliche Programme, Evaluationen und Studien, die sich mit der

Frage auseinandersetzen, wie diese Jugendlichen überhaupt erreicht werden können. Neue Formate versuchen, sich an Themen- und Medieninteressen von Jugendlichen zu orientieren, mit Trägern der Jugend- und Sozialarbeit (z.T. aufsuchend) zusammenzuarbeiten und Jugendliche auch in die Programmentwicklung einzubeziehen.

Gleichzeitig fällt auf, dass die Frage, wie soziale Ungleichheitsverhältnisse selbst zum Thema politischer Jugendbildung werden können, kaum diskutiert wird. In einer Fallstudie zu einem ressourcenorientierten Jugendbildungsprogramm wurden Jugendarbeiter\_innen und Bildungsreferent\_innen danach gefragt, weshalb sich mit der „Benachteiligung“ der als „sozial und bildungsbenachteiligt“ adressierten Jugendlichen im Programm nicht inhaltlich auseinandergesetzt wird. Sie begründen dies damit, dass sie die Jugendlichen nicht stigmatisieren und sie auch mal andere Themen „nach vorne kommen lassen“ wollen. Zudem bedürfe es dazu einer längeren Beziehungsarbeit. Dem kann entgegnet werden, dass es zahlreiche Ansätze gibt, um z. B. über sozioökonomische Ungleichheitsverhältnisse ins Gespräch zu kommen, auch innerhalb kürzerer Workshop-Formate. Dies zeigen etwa Social-Justice-Trainings oder auch Projekte aus der gewerkschaftlichen Jugendbildung. Weiterhin fällt auf, dass es zwar zur Auseinandersetzung mit sozialen Ungleichheitsverhältnissen rassismuskritische und genderreflexive Ansätze in der politischen Bildung gibt. Aber auf Klassismus-Konzepte, die nach Mechanismen von Diskriminierung aufgrund sozialer Herkunft fragen, wird bisher kaum zurückgegriffen (wie zum Beispiel das 2017 erschienene Themenheft „Klassismus“ aus dem Projekt „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“).

*„In diesem Sinne muss m. E. politische Jugendbildung auch mehr als „nur“ Empowerment-Förderung sein, ... Sie muss auch Herrschafts- und damit einhergehende Ungleichheitsverhältnisse thematisieren.“*

Die in der kritischen politischen Bildungstheorie prominenten subjektkritischen Perspektiven heben hervor, dass politische Bildung mit ihrem starken Fokus auf das Subjekt (Stichwort „Subjektorientierung“) Gefahr läuft, dass ihr die benachteiligenden Strukturen aus dem Blick geraten. Hier ist in Anschluss an den Fachdidaktiker Andreas Eis zu sagen, dass wenn „Phänomene sozialer Ungleichheit“ nicht mehr zum Gegenstand politischer Bildung gehören, „der Anspruch politischer Mündigkeit (...) sinnentleert“ wird. In diesem Sinne muss m. E. politische Jugendbildung auch mehr als „nur“ Empowerment-Förderung sein, die die Selbstwirksamkeit der Individuen stärken will. Sie muss auch Herrschafts- und damit einhergehende Ungleichheitsverhältnisse thematisieren.

#### **Unternehmensnahe Stiftungen als politische Bildungsakteure**

Das Eingangszitat „Toll, dass es sowas gibt“ stammt aus dem Bericht der Begleitevaluation von einem Projekt, das von der unternehmensverbundenen Robert Bosch Stiftung finanziert wurde. Diese entwickelt in ihrem Programmschwerpunkt „Jugend und Demokratie“ viele politische Bildungsangebote, die sich an „benachteiligte Jugendliche“ richten. Die Stiftung ist Mehrheits-Eigentümerin der Bosch GmbH. In den Stiftungsgremien sind auch hohe Unternehmensvertreter\_innen zu finden. Obwohl gemeinnützig anerkannte Stiftungen wie die Robert Bosch Stiftung öffentliche Belange – z. B. politische Bildung – beeinflussen, unterliegen sie nicht dem Informationsfreiheitsgesetz, das Bürger\_innen bei Bundesbehörden das Recht auf Akteneinsicht gewährt, und sie sind in Deutschland nicht zu Transparenz verpflichtet. So veröffentlicht die Robert Bosch Stiftung beispielsweise zwar einen Jahresbericht, aber nicht ihre Satzung. Dies trifft auch auf

die unternehmensverbundene Bertelsmann Stiftung und Freudenberg Stiftung zu, die zahlreiche Programme in der politischen Bildung fördern, darunter auch für „benachteiligte Jugendliche“.

Unternehmensnahe Stiftungen, die als Förderer politischer Jugendbildung auftreten, gibt es mittlerweile viele. Gerade auch im Bereich der Extremismusprävention oder der Integrationsinitiativen spielen sie mittlerweile eine wichtige Rolle und gewinnen durch ihre Funktion als Drittmittelgeber an Einfluss. Die alteingesessenen Akteure der politischen Bildung sollten hier genauer hinschauen, mit wem sie zusammenarbeiten und dafür auch die nötige Transparenz einfordern. Sie sollten sich bewusst sein, dass sich diese Akteure zwar gern als unabhängig deklarieren, dennoch aber als Eigentümer von Unternehmen fungieren oder von diesen gegründet und finanziell ausgestattet werden. Auch gibt es viele Stiftungen, die mit dem Privatvermögen von Unternehmer\_innen gegründet wurden und deren etwaige „Unternehmensnähe“ u. a. aus Gründen fehlender Transparenz ungeklärt ist, wie die Stiftung Mercator oder die Joachim Herz Stiftung.

Über die außerschulische politische Jugendbildung in Deutschland kann man guten Gewissens behaupten: Toll, dass es sie gibt. Sie bietet freie Räume, wird von ganz unterschiedlichen Akteuren bespielt, steht auf diese Weise für eine gewisse Pluralität und trägt zu Demokratisierungsprozessen bei. Gleichzeitig zeigen die Ausführungen zu neueren gesellschafts- und bildungstheoretischen Erkenntnissen, zur politischen Bildung mit Jugendlichen aus sozial benachteiligten Milieus sowie den immer präsenter werdenden unternehmensnahen Stiftungen, dass sich Förderer und Akteure der außerschulischen politischen Bildung auch mit ihrer Verstrickung in Herrschaftsverhältnisse auseinandersetzen sollten.

#### **ANJA HIRSCH**

ist Doktorandin und Lehrbeauftragte im Lehrbereich Politikwissenschaft, Bildungspolitik und politische Bildung der Universität Köln.

ahirsch9@uni-koeln.de